

	FORDERUNG	DETAILS	DAFÜR? DAGEGEN?	WARUM? AKTIONEN?
1.	Diskriminierungsschutz Waren & Dienstleistungen	Sind Sie für oder gegen einen wirksamen Diskriminierungsschutz auf Grund der sexuellen Orientierung auch AUSSERHALB der Arbeitswelt, also beim Zugang zu Waren oder Dienstleistungen (z.B. Taxi, Bus, Bahn, Flugzeug, Restaurant, Hotel, Geschäften oder auch im Gesundheitsbereich oder beim Wohnraum), so wie dies für Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, ethnischer Herkunft und Behinderung schon seit Jahren ununterbrochen gilt (III. Teil GIBG; BGStG)?	Ja, ein "Leveling Up" ist dringend nötig. Weder SPÖ noch Grüne haben dies während ihrer Regierungsbeteiligung durchgesetzt. Dieser Punkt ist auch in unserem Positionspapier "Queer" vom 17.08.2024 zu lesen: tinyurl.com/kpoe-queer	Die KPÖ wird sich im Parlament dafür einsetzen und ist aktuell dabei, mit der Partei mit Red:Out stärkere Präsenz in der Community zu zeigen.
2.	Diskriminierungsschutz sexuelle Orientierung in der Verfassung	Sind Sie für oder gegen die Aufnahme des Schutzgrundes „ sexuelle Orientierung “ in den Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG) <i>Entsprechend den Ergebnissen des Österreich-Konvents (Art. 34 Abs. 2 des Fiedler-Entwurfs für eine Bundesverfassung 2005)</i>	Wir sind dafür.	Die Schutzkategorie „Sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ ist in der Verfassung besonders wichtig. Dazu bietet sich der Artikel 7 B-VG an. Auch dies ist in unserem Positionspapier "Queer - ein befreites Leben für alle" nachzulesen.
3.	Diskriminierungsschutz Geschlechtsidentität & Intersexualität in der Verfassung	Sind Sie für oder gegen eine gesetzliche Klarstellung, dass der Schutzgrund „Geschlecht“ Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG), im Tatbestand der Verhetzung (§ 283 Strafgesetzbuch) (und damit auch für „Hate-Crimes“ § 33 Z. 5 StGB) sowie im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und im III. Teil des Gleichbehandlungsgesetzes (GIBG) jedenfalls auch (a) Geschlechtsidentität , samt darauf bezogenen Verhaltensweisen (gender expression), sowie (b) Intersexualität umfasst <i>Entsprechend den Ergebnissen des Österreich-Konvents (Art. 34 Abs. 2 des Fiedler-Entwurfs für eine Bundesverfassung 2005), und wie von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gefordert (Resolutionen 2048[2015] sowie speziell 2191 [2017])</i>	Wir sind dafür.	Siehe oben
4.	VERBOT VON KONVERSIONS- THERAPIEN	Sind Sie für oder gegen ein GESETZLICHES Verbot von sogenannten Konversionstherapien („Umpolungs-Therapien“ bzw. „reparative Therapien) zur Änderung der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität bei Minderjährigen und Erwachsenen wie es beispielsweise in Deutschland seit 2020 besteht? Vom Nationalrat am 2. Juli 2019 zumindest für	Wir sind für ein Verbot, wie es auch in unserem Positionspapier "Queer" angeführt wird.	Red:Out Steiermark hat anlässlich der Fälle in Graz auch öffentlich Stellung bezogen. Die KPÖ unterstützt in ganz Österreich Pride bzw. CSD-Kundgebungen. Auch unsere Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr hat Stellung bezogen.

		Minderjährige und sexuelle Orientierung einstimmig gefordert (558/A(E) XXVI. GP).		
5.	IGM-VERBOT BEI KINDERN	Sind Sie für oder gegen den Schutz intergeschlechtlicher Kinder, konkret durch ein ausdrückliches gesetzliches Verbot von geschlechtsfestlegenden Behandlungen (ohne Vorliegen einer medizinischen Indikation) bei intergeschlechtlichen Menschen vor Vollendung des 14. Lebensjahres (IGM: Inter Genital Mutilation)?	Wir sind für das Recht der Kinder selbst entscheiden zu dürfen, wenn sie das entsprechende Alter erreicht haben: Ja.	
6.	BUNDESWEITE ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE	Sind Sie für oder gegen die Einrichtung einer bundesweiten LGBTIQ-Antidiskriminierungsstelle, angesiedelt im Rahmen der öffentlichen Verwaltung in einem zuständigen Bundesministerium nach dem Vorbild der Wiener Antidiskriminierungsstelle (Beratung, Schulungen, Förderungen usw.)?	Dafür. Es braucht mehr Ressourcen für Schulungen und Weiterbildungsangebote, denn viele Diskriminierungen basieren auf Unwissen oder fehlender Sensibilität.	
7.	Kein Diagnose- und Gutachtenszwang für transidente Personen	Sind Sie für oder gegen eine gesetzliche Klarstellung, dass für die Anpassung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister an das gelebte Geschlecht (Identitätsgeschlecht) medizinische Diagnosen (wie bspw. Geschlechtsidentitätsstörung, Transsexualität, Geschlechtsdysphorie) und Gutachten nicht erforderlich sind (PStG) <i>Wie von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gefordert (Resolutionen 2048[2015] sowie speziell 2191 [2017])</i>	Wir setzen uns für einen unbürokratischen und kostenfreien Zugang ein. Betroffene sollen jedoch Beratungs- und Begleitungsangebote durch Expert:innen erhalten.	
8.	Nicht-binäre Menschen	Sind Sie für oder gegen die Umsetzung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs vom 15.06.2018 (G77/2018) auch für nicht-binäre Menschen (Aufhebung des BMI-Erlasses, der die dritte Geschlechtsoption im Personenstandsregister nur für körperlich intergeschlechtliche Menschen zulässt)?	Ja. Das Zentrale Personenstandsregister muss nicht-binäre Menschen berücksichtigen. Es kann nicht sein, dass diese Selbstverständlichkeit für das Formular der Beitrittserklärung zur KPÖ gilt, aber nicht für die Republik Österreich.	
9.	LGBTIQ-KANDIDAT:INNEN	Gibt es auf Ihren Wahllisten zur Nationalratswahl LGBTIQ-Kandidat:innen auf aussichtsreichen Plätzen , sodass die Interessen von LGBTIQ-Personen auch von entsprechend offen lebenden Abgeordneten vertreten werden, die uns und unserer Community als starke Ansprechpartner:innen zur Verfügung stehen? Wer sind diese Personen konkret?	Die KPÖ verfügt über besonders viele Mitglieder unter 30 Jahren. Viele davon sind queer und oft auch in unseren Jugendorganisationen "Junge Linke" und "KJÖ" aktiv. Wir bitten aus Gründen der Persönlichkeitsrechte um Verständnis, dass wir hier nicht alle Personen auflisten können. Als Ansprechperson steht Ihnen beispielsweise Ewald Magnes, Spitzenkandidat im RWK Wien-Nord und Kandidat auf Platz 7 der Wiener Landesliste zur Verfügung.	